

**Michael Schlecht,**

Mitglied im Parteivorstand

Kandidat für den Bundestag in Mannheim bzw. Baden-Württemberg

**DIE LINKE.**

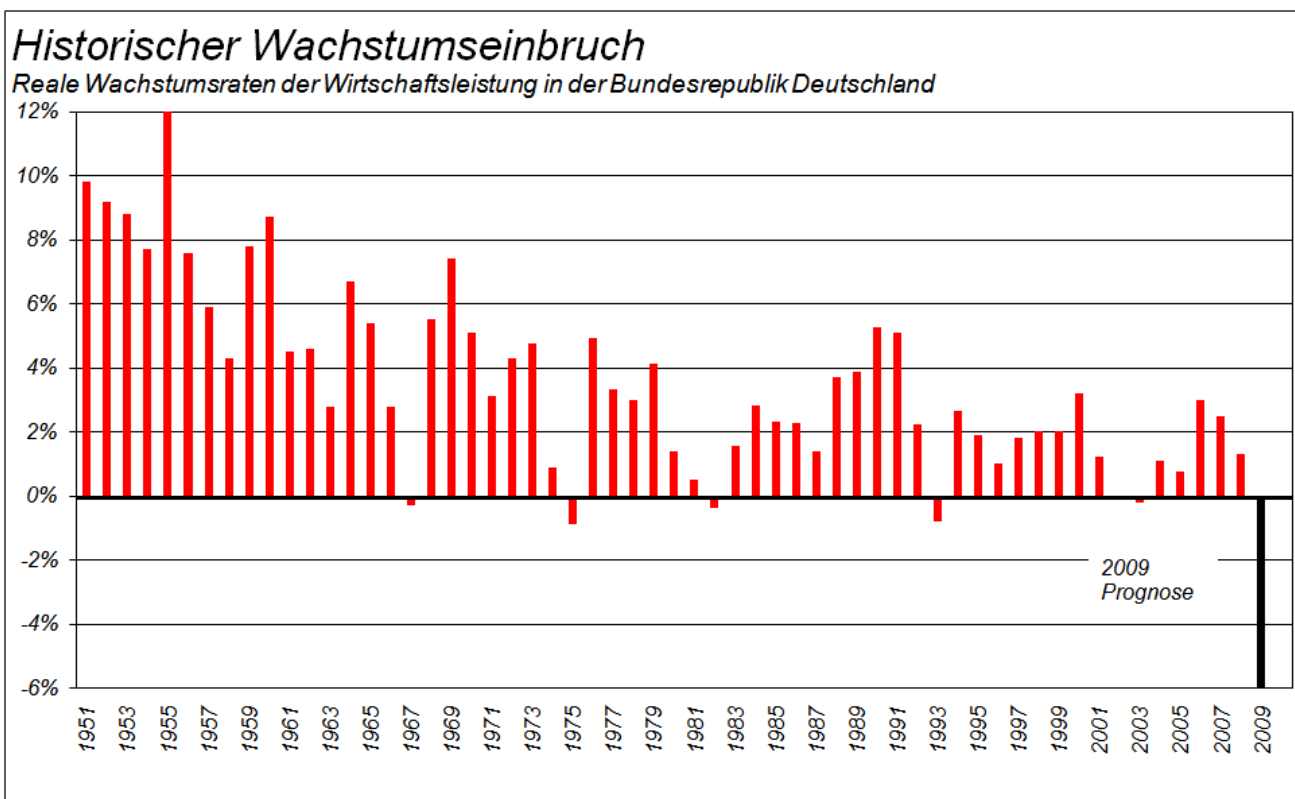
# Wirtschaftspolitische Alternativen Schutzschirm für die Menschen

Das Wahljahr 2009 steht im Zeichen der schwersten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise seit 70 Jahren. Selbst die Bundesregierung prognostiziert ein Schrumpfen der Wirtschaft um sechs Prozent. Früher waren die Einbrüche nie schärfer als Minus 0,9 Prozent.

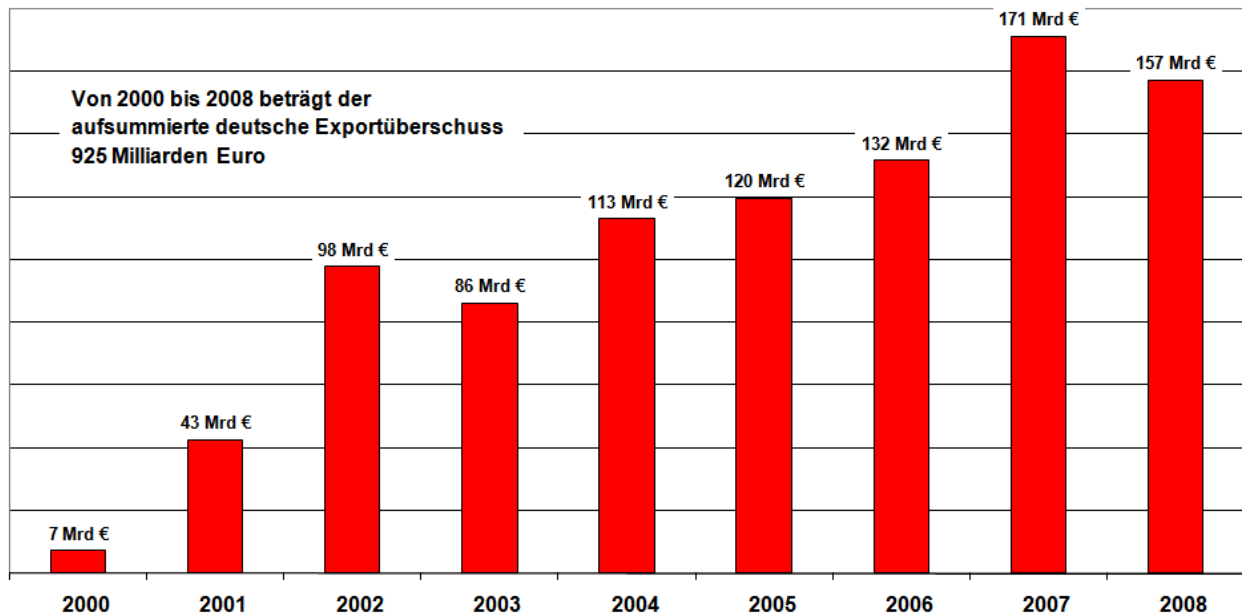
Zuerst sind die Leiharbeiter rausgeflogen. Hundertausende wurden auf Kurzarbeit gesetzt. Und immer häufiger kündigen die Chefs. Die Arbeitslosigkeit nimmt seit Anfang 2009 bedrohlich zu. Die OECD schätzt, dass die Erwerbslosenzahl 2010 auf fünf Millionen ansteigt. Die Erwerbslosenquote würde dann von etwas mehr als sieben Prozent in 2008 auf fast zwölf Prozent im Jahresdurchschnitt 2010 anwachsen. Eine derartig schnell ansteigende Arbeitslosigkeit hat es in den letzten Jahrzehn-

ten nie gegeben. Alles läuft in kürzester Zeit ab. Für die Betroffenen fast wie im freien Fall.

Vor allem in den Betrieben, die für den Export produzieren, schlägt die Krise voll zu. Auftragseinbrüche von bis zu 90 Prozent sind keine Seltenheit. Besonders betroffen sind Autobetriebe und ihre Zulieferer. Die Krise schlägt auch im Transportbereich zu, vor allem in den Häfen und bei den Fernfahrern. Und es kracht auch in Branchen, die eigentlich mit dem Export wenig zu tun haben. So zum Beispiel im Einzelhandel; siehe Arcandor. Besonders rosig ist die Lage hier ohnehin nicht, da die Kaufkraft der Menschen schon seit vielen Jahren gedrückt ist. Bei immer mehr Menschen wachsen die Sorgen über ihre Zukunft, zuallerst über die berufliche Existenz.



## Exportüberschuss am Limit Saldo Waren und Dienstleistungen



Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, März 2009

### DIE LINKE fordert: Zukunftsfähige Betriebe statt Massenentlassungen

Obleich die Krise eine Systemkrise des Kapitalismus ist, bleibt eine Debatte um die gesellschaftspolitischen Grundfragen, gar eine bloße „antikapitalistische Rhetorik“ für betroffene Kolleginnen und Kollegen häufig abstrakt. Sie fragen vor allem, wie Entlassungen und Betriebschließungen verhindert oder abgemildert werden können. Hier setzt das Antikrisenprogramm an. Für die zukunftsfähige, sozial-ökologische Entwicklung der Arbeitsplätze fordert die LINKE einen Zukunftsfonds von 100 Milliarden Euro. So sollen Betriebe und Arbeitsplätze gerettet werden. Und darüber hinaus sollen Unternehmen bei der Umstellung der Produktion auf zukunftsträchtige Produkte und auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren unterstützt werden.

„Viele produktive und innovative Unternehmen kämpfen aufgrund der Krise mit existenzbedrohenden Absatz- und Finanzierungsproblemen. Öffentliche Hilfen an solche Unternehmen sind im Interesse der Sicherung von Arbeitsplätzen sinnvoll. Allerdings muss jeder Euro Steuergeld, der zugunsten eines privaten Unternehmens fließt, zu öffentlichen Eigentumsrechten oder kollektiven Belegschaftsbeteiligungen in gleicher Höhe führen. Verstaatli-

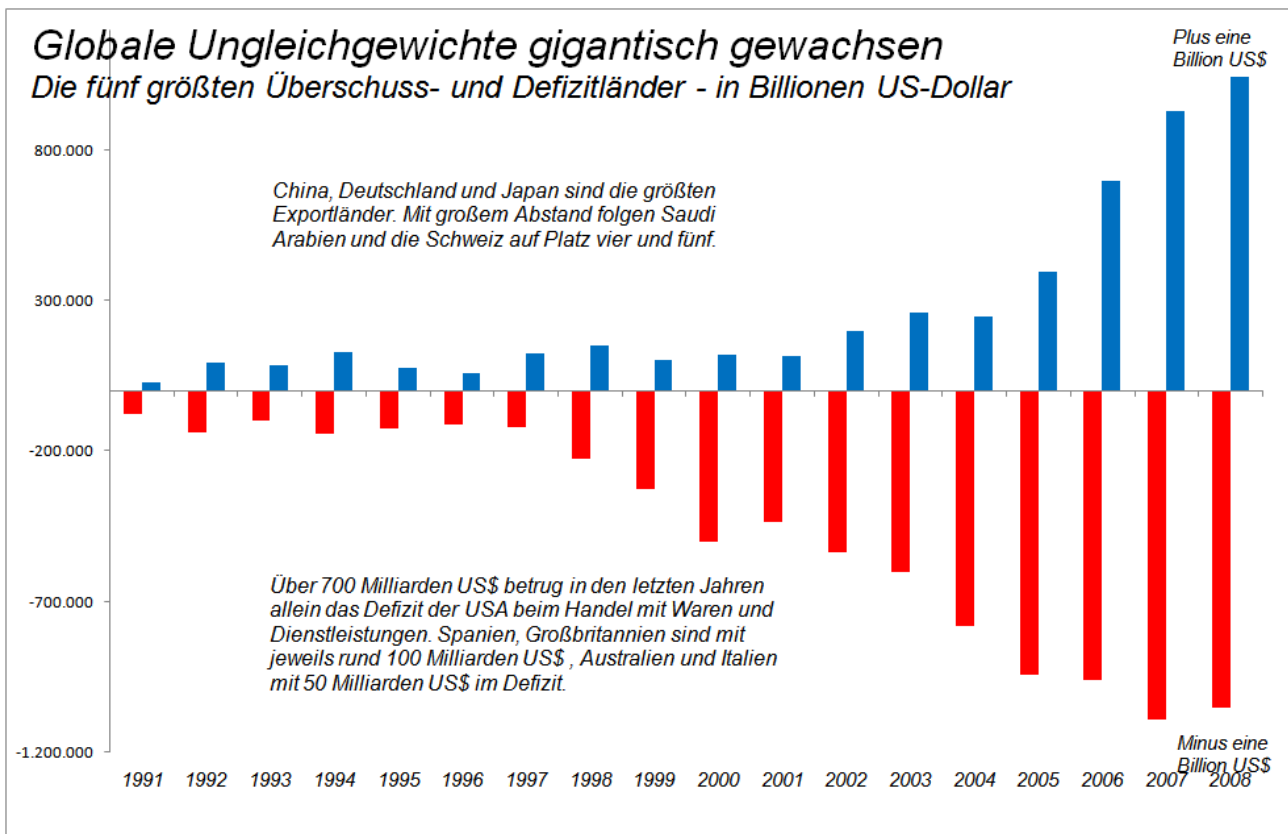
chungen dürfen kein Tabu sein.“<sup>1</sup> So notwendig betriebliche Hilfen und Umstrukturierungen sind, ist jedoch die Krise so nur sehr begrenzt gestaltbar.

### Wie weiter mit der Exportökonomie?

Immer höhere Exporte in immer mehr Länder ist die Strategie deutscher Wirtschaftspolitik. Und ihr größter Fehler. Die Exporte übertreffen seit Jahren die Importe. So werden immer höhere Exportüberschüsse erzielt. 2002 lagen sie zunächst bei 100 Milliarden und wurden bis 2008 auf 160 Milliarden Euro gesteigert. Zusammengezählt über alle Jahre beträgt der Exportüberschuss gigantische 900 Milliarden Euro.

Länder, wie zum Beispiel die USA, die seit langem weniger exportieren als sie importieren, haben ein Problem. Sie können die Importe nicht vollständig mit den Exporten bezahlen. Um den Importüberschuss finanzieren zu können, müssen sie sich im Ausland verschulden.

<sup>1</sup> Alle im Weiteren nicht näher erläuterten Zitate stammen aus: „Schutzschirm für Menschen. Antikrisenprogramm der Linken“, Beschluss des Parteivorstandes DIE LINKE vom 14. März 2009, [die-linke.de/schutzschirm](http://die-linke.de/schutzschirm). Die wichtigen Eckpunkte sind im Bundeswahlprogramm übernommen worden.



Und wie im Fall der USA von Jahr zu Jahr immer mehr. Verschulden können sie sich nur bei den Ländern, die einen Exportüberschuss aufweisen. Aus Deutschland, den Ölländern, China und der Schweiz flossen in den letzten fünf Jahren rund 4,5 Billionen US-Dollar in Länder mit Importüberschüssen. Davon allein 3,4 Billionen in die USA. Hauptfinanzier ist China. So konnten sie die Importüberschüsse finanzieren.

Mit der Finanzkrise ist die Kreditblase in vielen Ländern, vor allem den USA und Großbritannien geplatzt und damit deren Fähigkeit weiterhin hohe Importe zu tätigen. In der Folge kollabiert die gesamte Weltwirtschaft, von der der Exportjunkie Deutschland sich in hohem Maße abhängig gemacht hat. Die USA hatten bislang eine Sparquote, die bei Null lag. Wenn sich dies in der Größenordnung vergleichbarer Länder „normalisiert“, dann muss mit einer Konsumbeschränkung von 800 bis 1000 Milliarden US-Dollar gerechnet werden. Dies hat nicht nur Auswirkungen für deutsche Direktexporte in die USA. Viel bedeutsamer ist, dass Länder, wie zum Beispiel China, die bislang in die USA exportierten, betroffen sind. Da viele dieser Länder bislang zu den deutschen Absatzmärkten gehören, jetzt ihre wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt ist, sind auch die

Exportmöglichkeiten deutscher Unternehmen in diese Drittländer beschnitten.

Die Situation in vielen Betrieben ist dramatisch. Wenn Aufträge wegbrechen und auch noch die Finanzierungsbedingungen für das jeweilige Unternehmen sich verschlechtern, dann droht häufig sogar die Insolvenz. Der Druck auf Arbeitsbedingungen und Löhne nimmt deutlich zu. Auf betrieblicher Ebene bleibt den Beschäftigten in vielen Fällen nur das zähneknirschende Einlassen auf Zugeständnisse; in welcher Form auch immer. Gesamtwirtschaftlich ist dies eine verheerende Logik, die krisenverschärfend wirkt.

Wird dem nicht durch eine andere Wirtschaftspolitik entgegengesteuert so droht eher noch die weitere Verschärfung. Exportunternehmer werden in den geschrumpften weltweiten Absatzmärkten ihre Chance suchen. Da das Unternehmen in allen exportorientierten Ländern machen, wird der Konkurrenzkampf an Schärfe zunehmen. Im Innern wird dann der altbekannte Schlachtruf von der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ umso schriller ertönen. Es droht ein nochmals verschärfter Druck auf die Arbeitsbedingungen und die Löhne. Auf der betrieblichen Ebene ist dieser Logik kaum zu entkommen.

Anstatt politisch dem entgegenzuwirken, wird insbesondere eine schwarz-gelbe Regierung alles unternehmen um die „Angebotsbedingungen“ für „die deutsche Wirtschaft“ zu verbessern: Weitere Deregulierung, weiterer Druck auf die Arbeitslosen, erneute „Entlastung“ von Steuern und „Lohnnebenkosten“. Helfen würde das nicht – im Gegenteil! Eine Rückkehr zur alten Exportdynamik würde höchstens kurzfristig gelingen. Doch der Versuch würde mit weiteren massiven Einschnitten bei der Binnennachfrage erkaufte. Und damit würde die Krisenanfälligkeit weiter verschärft.

### Zu schwache Binnennachfrage

Um die „Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ immer weiter voranzutreiben hat in der Vergangenheit vor allem die Regierung Schröder/Fischer Druck auf die Lohnkos-

ten ausgeübt. Die Regierung drängte durch entsprechende Gesetze immer mehr Menschen in befristete Jobs, Minijobs und Leiharbeit. Mit dem Arbeitslosengeld II wurden Erwerbslose unter Druck gesetzt, weil sie jeden Job annehmen müssen. Kurz: Die gesamte „Agenda 2010“ diente dem Lohndumping, vor allem auch damit deutsche Unternehmer immer mehr exportieren konnten.

Die Folgen sind verheerend. Ein immer größerer Niedriglohnsektor wurde geschaffen. Mittlerweile arbeiten hier knapp acht Millionen Menschen. Das sind über 22 Prozent aller Beschäftigten. Beschäftigte, die unter dem Schutz eines Tarifvertrages arbeiten, konnten im letzten Konjunkturzyklus von 2003 bis 2008 noch ein Plus von real drei Prozent erreichen. Beschäftigten ohne Tarifschutz – 40 Prozent aller Beschäftigten – wurde Lohnverzicht aufgezwungen; real haben sie rund acht Prozent weniger als 2003<sup>2</sup>. Die Bruttolöhne aller Beschäftigten sanken im Durchschnitt real um fast drei Prozent während die Profite um über 30 Prozent zulegen konnten.

In der Vergangenheit gehörte zu dem Verlaufsmuster jedes Aufschwunges auch eine leicht zeitversetzte Steigerung der Löhne. Im jetzt zu Ende gegangenen geschah dies zum ersten Mal nicht. Wegen der Agendapolitik ist die Binnennachfrage nie aus dem Keller gekommen. Die Ression begann deshalb bereits im zweiten Quartal 2008 – bevor die eigentlich Finanzkrise zuschlug. So hat die Wirtschaftspolitik zum ersten Mal in der Nachkriegszeit einen Wirtschaftszyklus, einen Aufschwung abgewürgt.

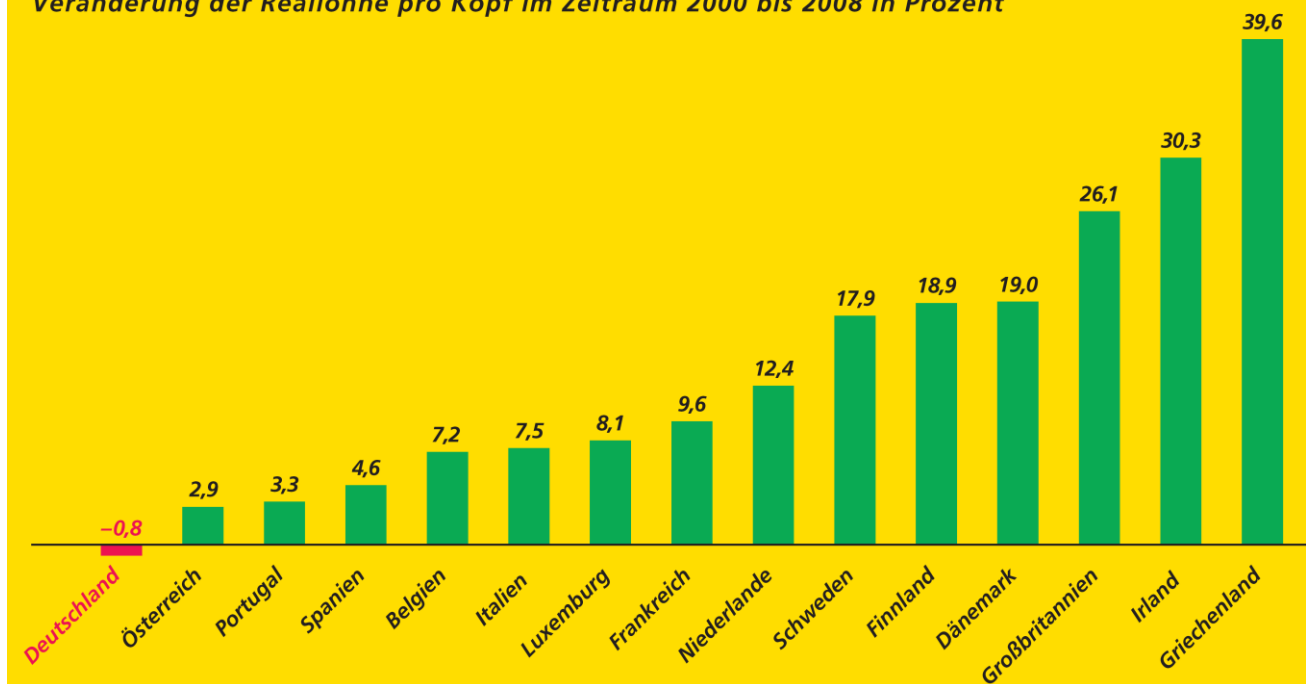
Fast man die Politik der Umverteilung für die letzten zehn Jahre, so sind in der Summe über eine halbe Billion Euro an Löhnen den Beschäftigten vorenthalten worden. Noch einmal

<sup>2</sup> Über die Lohnentwicklung der unter Tarifschutz stehenden Beschäftigten gibt es leider keine genauen amtlichen Angaben oder sonstigen empirischen Untersuchungen. Wenn die Tarifeinkommen um drei Prozent gestiegen sind, die Einkommen aller Beschäftigten um drei Prozent gefallen, dann halten wir einen Wert von Minus acht Prozent für die nicht unter Tarifschutz stehenden für plausibel unter Berücksichtigung, dass mittlerweile 40 Prozent ohne Tarifschutz auskommen müssen.



## Nur Deutschlands Reallöhne stagnieren

Veränderung der Reallöhne pro Kopf im Zeitraum 2000 bis 2008 in Prozent



soviel hat der Staat den Unternehmern und Reichen durch Steuersenkungen geschenkt. Zusammen entspricht das einer Enteignung der großen Mehrheit der Bevölkerung um eine Billion Euro!

Für DIE LINKE war dieser sozialpolitische Skandal schon immer Thema. Er hat darüber hinaus eine wirtschaftspolitische Seite. Die massive Umverteilung führt zu einer drastischen Schwäche der Binnennachfrage. Die Umverteilung lenkte zudem auch noch Geld auf die Finanzmärkte, wie in vielen anderen Ländern. Dieser Zufluss war die zentrale Grundlage für die Finanzmarktkrise auf der massive spekulative Prozesse erst aufsetzen konnten. Zugespitzt für Deutschland kann man auch formulieren: Die Agenda 2010 hat mit zur Aufblähung der Finanzmärkte beigetragen.

### DIE LINKE fordert:

#### Enteignung der Menschen stoppen

Der Hunger- und Niedriglohnsektor muss trockengelegt werden. Deshalb fordert DIE LINKE die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro. So kann die Lebenslage von Millionen von Menschen verbessert und die Binnennachfrage um annähernd 20 Milliarden Euro gestärkt werden. Entsprechend würde die Binnennachfrage gesteigert. Darüber hinaus müssen Mini-Jobs, Befristungen und

Leiharbeit zurückgedrängt und beseitigt werden.

DIE LINKE fordert eine bedarfsorientierte repressionsfreie Grundsicherung. In einem ersten Schritt soll das Arbeitslosengeldes II auf 500 Euro angehoben werden. Dies würde nicht nur die Lebenslage der Betroffenen deutlich verbessern, sondern rund zehn Milliarden Euro zusätzliche Kaufkraft darstellen. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I muss deutlich verlängert werden.

DIE LINKE fordert die Wiederherstellung der alten Rentenformel sowie Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut. Dazu gehört, dass die bislang den Rentnern und Rentnerinnen vorenthalten Rentenerhöhungen – im Wesentlichen die sogenannte „Riester-Treppe“ – sofort nachgezahlt wird. Dies wäre eine Erhöhung von vier Prozent. Die Binnennachfrage würde hierdurch um sieben Milliarden Euro gestärkt.

Alein diese drei Maßnahmen würden die Nachfrage auf dem deutschen Binnenmarkt um 40 Milliarden Euro erhöhen, die Lebenslage vieler Menschen deutlich verbessern und der Krisendynamik durch die Stärkung der Binnennachfrage entgegenwirken.

Gerade wegen der Wirtschaftskrise sind zudem deutliche Steigerungen der Tarifeinkom-

men notwendig. Hierzu müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln verbessert werden.

Eine solchermaßen gestärkte Binnennachfrage würde nicht nur zur Ankurbelung der Binnenwirtschaft führen. Sondern auch zu höheren Importen. Von Kritikern wird das immer als ein Manko von Konjunkturprogrammen gesehen. Gerade wenn wir die Exportökonomie stabilisieren wollen müssen wir die Importe stärken, damit die Kluft zwischen Im- und Exporten und damit das Ungleichgewicht im Außenhandel abgebaut wird. Mit mehr deutschen Importen wird ein Beitrag geleistet, dass andere Länder die deutschen Exporte kaufen und vor allem bezahlen können!

### **DIE LINKE fordert: Zukunftsprogramm für mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze**

Zur Stärkung der Binnennachfrage gehört auch der massive Ausbau des Sozialstaates

und die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Hierfür ist das Zukunftsprogramm von 100 Milliarden Euro ein wichtiger Baustein.

DIE LINKE will zwei Millionen tariflich bezahlte Arbeitsplätze sichern und schaffen. Es gibt genug zu tun. Beim Klimaschutz, dem ökologischen Umbau, bei Erziehung und Bildung für unsere Kinder. Und für die Kranken und Alten wollen wir mehr und bessere Pflege. Der öffentliche Personenverkehr muss verbessert werden, ebenso die Infrastruktur, die an vielen Orten bereits verrottet. Bei den kommunalen Investitionen besteht ein Stau von über 700 Milliarden Euro.

Das Zukunftsprogramm ist mehr als ein Konjunkturprogramm, das immer befristet ist. Es soll dauerhaft sein und dauerhaft Arbeitsplätze schaffen. Davon allein eine Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Die zweite Million soll durch Aufträge des Staates an die Privatwirtschaft entstehen.



Der Personalabbau der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass in Deutschland nur noch knapp zwölf Prozent aller abhängig Beschäftigten im öffentlichen Dienst arbeiten. Selbst in den USA liegt der Anteil bei 16 Prozent, in Großbritannien und Frankreich ist er doppelt so hoch wie in Deutschland.

Dieses staatliche Zukunftsprogramm kann nicht verkürzt werden auf ein „Programm für ver.di“. In vielen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie, vor allem im Fahrzeugbau wird in Anbetracht wegbrechender Aufträge über binnenwirtschaftliche neue Absatzmärkte nachgedacht. Schnell ins

Blickfeld geraten verbesserte öffentliche Personen-Verkehrssysteme. Oder der Ausbau regenerativer Energieerzeugung. Oder ....., vieles Weitere könnte man hier auflisten. Eine derartige Industriepolitik, die auf binnenwirtschaftliche Absatzmärkte orientiert, wird diese vor allem finden indem der Staat einen massiven Ausbau der verschiedenartigsten Infrastruktur auf den Weg bringt. Und vor allem hierfür finanzielle Mittel bereitstellt.

Die Sicherung der industriellen Basis in Deutschland wird zentral daran hängen, ob es gelingt die Binnenwirtschaft zu stärken. Ob es gelingt die Masseneinkommen nachhaltig zu stärken und ob es gelingt den Staat durch ein Zukunftsprogramm zum Motor des Aus- und Umbaus der Infrastruktur zu machen.

### **DIE LINKE fordert: Arbeitszeit verkürzen**

Arbeitslosigkeit soll durch eine gerechtere Verteilung der Arbeit vermindert, Familie und Beruf für Männer wie Frauen besser vereinbar werden. Durch die Reform des Arbeitszeitgesetzes soll die höchstzulässige durchschnittliche Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzt werden. Perspektivisch strebt DIE LINKE eine Obergrenze von 35 Stunden, ja letztlich 30 Stunden an.

Ein derartiger Weg ist in den bisher praktizierten Bahnen der Tarifpolitik nicht absehbar. Die 35-Stunden-Woche ist nach sechsjährigen Kämpfen in den 1980er Jahren nur in den Tarifbereichen der IG Metall und der IG Medien durchgesetzt worden. In den 1990er Jahren gab es in der IG Metall Initiativen zu einer weiteren Verkürzung, die aber nicht vorangekommen sind. In der alten IG Druck und Papier bzw. dann in der IG Medien bestand ursprünglich immer die Perspektive der 30-Stunden-Woche. Aber auch dies Projekt wurde in den Abwehrschlachten der 1990er Jahre sang- und klanglos begraben.

Im öffentlichen Dienst wurde die Arbeitszeit gerade einmal auf 38,5 Stunden je Woche verkürzt. Mittlerweile wurde in schwierigen Tarifrunden die Wochenarbeitszeit scheinbar wieder verlängert. Ähnliches ist aufgrund massiven Drucks der Unternehmer durch betriebliche Übung bzw. Regelungen in vielen industriellen Bereichen der Fall.

Deshalb wird es einen wirklichen Fortschritt in der Arbeitszeitfrage nur durch gesetzliche Regelungen geben. Diese müssen in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaften durchgeführt werden, allein schon weil ihnen die Organisation der betrieblichen Umsetzung obliegen muss. Aber auch hierbei sind gesetzliche Hilfestellungen notwendig. So muss für die Beschäftigten ein voller Lohnausgleich gesichert werden. Betriebs- und Personalräte sollen mit rechtlich erzwingbaren Personal- und Stellenplänen sicherzustellen, dass die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu deutlich mehr Beschäftigung führt und der Leistungsdruck verringert wird.

Die Beschäftigungswirkungen aus einer deutlichen Verkürzung der Arbeitszeit und die zusätzlichen Arbeitsplätze im Rahmen eines Zukunftsprogrammes weisen einen Weg, wie Arbeitslosigkeit beseitigbar ist. Das Ziel für linke Politik ist die Herstellung von Vollbeschäftigung unter den Bedingungen von *Guter Arbeit*. Es ist in keiner Weise zwingend sich mit dem Tatbestand der Massenarbeitslosigkeit abzufinden. Für DIE LINKE ist dies keine Option.

### **Kredite geraten in die Klemme**

Von der Wirtschaftskrise sind häufig auch eigentlich kerngesunde Betriebe betroffen, die von den Arbeitsabläufen her und technologisch absolut fit sind. In die Knie werden sie gezwungen, weil die Banken den Geldhahn zudrehen. Immer häufiger wird die Kreditvergabe erschwert, werden zusätzliche Sicherheiten gefordert und die Zinsen raufgesetzt. Viele Banken haben sich verzockt und leihen Geld nur noch spärlich oder zu übersteuerten Konditionen aus. So schlägt die Finanzkrise auf die sogenannte Realwirtschaft durch. Besonders prekär ist die Lage für Betriebe, die von Heuschrecken aufgekauft worden sind. Die Kredite, die zu ihrem Kauf nötig waren, wurden ihnen nach der Übernahme aufgebürdet. Nun sind sie hoch verschuldet.

Mit der Verschlechterung der Kreditkonditionen steigt die Zinslast, die die Betriebe vielfach nicht mehr tragen können. Betroffen sind vor allem die Beschäftigten, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, ihn bereits verloren haben oder denen Lohnverzicht und schlechtere Arbeitsbedingungen aufgezwungen werden.



Eigentlich wollte genau dies die Regierung verhindern. Das war zumindest ihr Versprechen als sie im Oktober 2008 einen atemberaubenden Rettungsplan für die Banken innerhalb von fünf Tagen durch Bundestag und Bundesrat peitschte. 480 Milliarden Euro wurden für Beteiligungen, Bürgschaften und Kredite aufgeboten. Mittlerweile sind über 200 Milliarden Euro bereitgestellt worden um den Banken zu helfen. Allein die Hypo Real Estate hat über 100 Milliarden bekommen, die Commerzbank 18 Milliarden Euro. Und in Anbetracht der unabsehbaren Finanzkrise ist nicht auszuschließen, dass am Ende die 480 Milliarden, dass die gesamten Einlagen und alle Bürgschaften verloren gehen. Die Bankenrettung der Regierung erweist sich immer mehr als Flop.

#### **DIE LINKE fordert:**

##### **Banken vergesellschaften**

Der private Bankensektor hat abgewirtschaftet und seine historische Überlebtheit ist offensichtlich. Das Bankgeschäft muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und deshalb öffentlich und gemeinwohlorientiert organisiert sein. So wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken dies ohnehin schon sind. Diese erweisen sich im aktuellen Finanzcrash in der

Regel als stabiler Stützpfiler, ohne den die Realwirtschaft schon viel stärker getroffen wäre. Die Grundfunktion des Bankwesens muss im Vordergrund stehen: Spareinlagen bei breiten Teilen der Bevölkerung und bei Unternehmen einzusammeln und produktiven Dienstleistungs- und Industrieunternehmen als Kredit sowie privaten Haushalten als Hypotheken- und Konsumentenkredit zur Verfügung zu stellen.

Die Vergesellschaftung muss ergänzt werden mit klaren Regeln. Das heißt unter anderem Verbot von Leerverkäufen, außerbilanziellen Zweckgesellschaften, Derivaten, Hedge-Fonds und Private-Equity-Heuschrecken. Kurz: Das Casino muss geschlossen werden!

Das Ziel muss sein nicht nur in Deutschland, sondern europaweit einen öffentlichen Bankensektor zu installieren. Auf europäischer Ebene müssen Regulierungs- und Aufsichtsstrukturen aufgebaut bzw. gestärkt werden. Auf der internationalen Ebene ist darüber hinaus eine Reform des Währungssystems erforderlich. Zentral geht es dabei darum, die Abhängigkeit der Wechselkurse von spekulativen Kapitalbewegungen zu beenden. Notwendig dafür ist die Einrichtung von Wechselkurszielzonen, damit der Welthandel stabilisiert

wird. Und wir brauchen eine verbindliche Kontrolle der internationalen Kapitalströme.

Schließlich ist von entscheidender Bedeutung, dass die Steueroasen geschlossen werden, vor allem diejenigen, für die europäische Regierungen verantwortlich sind.

DIE LINKE will im Grundsatz die Verstaatlichung der Banken ohne Entschädigung der Aktionäre, da in der Regel die Institute faktisch pleite sind. Hier gibt es allerdings auch noch offene Fragen. Der deutsche Bankensektor verfügt über ein Eigenkapital von 300 bis 400 Milliarden. Gleichzeitig gehen Schätzungen davon aus, dass dem eine Verschuldung von bis zu 1000 Milliarden Euro gegenübersteht. Grob muss also davon ausgehen, dass selbst bei einer entschädigungslosen Enteignung über 600 Milliarden Euro Belastungen für das Gemeinwesen entstehen. Hier liegt ein Grund, weshalb immer wieder Zweifel aufkommen, ob „Verstaatlichung“ unter den gegebenen Umständen umstandslos eine fortschrittliche Forderung ist. Im Grundsatz gibt es dazu allerdings keine Alternative. Allerdings muss geprüft werden, ob wirklich alle Banken verstaatlicht werden, und ob es nicht sinnvoll sein kann einzelne Institute in die Insolvenz gehen zu lassen. Preiswerter ist dies in vielen Fällen selbst gegenüber einer entschädigungslosen Verstaatlichung.

*„Banken, die weder überlebensfähig noch systemrelevant sind, muss der Staat pleitegehen lassen. ... Die Eigentümer müssen in die Pflicht genommen werden und sich an den Verlusten beteiligen. Schließlich haben sie in guten Zeiten von Traumrenditen und steigenden Kursen profitiert. Auch Käufer langfristiger, gut verzinsten Bankanleihen müssten ihren Beitrag leisten.“<sup>3</sup>*

Die Schwierigkeit ist jedoch die „systemischen Risiken“ abzuschätzen sind bzw. wie diese durch Hilfeleistungen aufgefangen werden können. In dem Zusammenhang steht auch noch die Debatte über Teilinsolvenzen und anderen Spezialitäten des Geschäftes in den Finanzmärkten an.

## **DIE LINKE fordert: Millionäre zur Kasse**

Viele Menschen fragen sich: Wer soll das eigentlich alles bezahlen? Am Ende wir? Heißen Bürger nur deshalb so, weil sie bürgen? Müssen wir am Ende mehr Steuern zahlen und weiteren Sozialabbau ertragen?

Die Bekämpfung der Krise kostet Geld. Selbst wenn die Regierung wollte, könnte sie mehr Schulden jetzt nicht verhindern. Bis zur Bundestagswahl am 27. September wird das selbst ein Steinbrück zähneknirschend hinnehmen. Der Druck wird verschärft, da in der Krise die Steuereinnahmen wegbrechen. Gegenüber den bisherigen Schätzungen werden 2009 voraussichtlich 45 Milliarden Euro weniger eingenommen, 2010 85 Milliarden Euro, 2011 und 2012 je 93 Milliarden Euro. In der Summe ergeben sich bis 2012 Mindereinnahmen gegenüber der letztjährigen Schätzung von weit über 300 Milliarden Euro!

*„Wir müssen über Einschränkungen nachdenken. Die Handlungsspielräume werden in den nächsten Jahren sehr eingeschränkt sein. Für die neue Regierung gilt: Es werden dornenreiche vier Jahre.“* SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck, 17. Mai 2009

CDU-Chefhaushälter Steffen Kampeter fordert, dass Steinbrück *„Deutschland auch mit Ausgabenkürzungen aus der Schuldenfalle führt“*. Handelsblatt 4. Mai 2009

Nach der Bundestagswahl droht die alte Leier von der Haushaltskonsolidierung. Und dies könnte heißen: Agenda 2020. Legt die nächste Regierung Hand an das Arbeitslosengeld II wären besonders Erwerbslose betroffen. Zusätzlich ist bei fünf Millionen Arbeitslosen denkbar, dass die Regierung das Arbeitslosengeld I kürzt. Aber auch Rentnern und Rentnerinnen droht Ungemach. In Zeitungsartikel wird bereits die Beschneidung des Bundeszuschuss für die Rente durchgespielt – 80 Milliarden Euro ist er groß.

Für die Linke ist klar: Bezahlen sollen Reiche und Vermögende, die ohnehin in den letzten zehn Jahren Steuergeschenke von über 300 Milliarden Euro erhalten haben. „Bezahlen sollen jene, die die vorangegangenen Spekulationen verantwortet und von ihr profitiert ha-

<sup>3</sup> Christoph Schmidt, Mitglied im Sachverständigenrat, RWI-Präsident, in: Tagesspiegel 13. April 2009

ben. Die LINKE fordert daher die Einführung einer Millionärsteuer, die Privatvermögen – Geld und Immobilienvermögen – oberhalb einer Million Euro in Höhe von mindestens fünf Prozent zur Kasse bittet. Selbst bei diesem niedrigen Prozentsatz würde eine solche Millionärsteuer 80 Milliarden Euro pro Jahr an zusätzlichen Einnahmen bringen.“

Die Millionärsteuer geht über die seit Jahren gängige Forderung nach einer Vermögensteuer hinaus. Mit einem Freibetrag von einer Million Euro geht es darum die über 800.000 Millionäre abzuschöpfen. Und mit einem Steuersatz von fünf Prozent wird die Substanz besteuert. In der Regel ist es nicht möglich, die Millionärsteuer aus dem laufenden Zinsertrag zu finanzieren, sondern in geringfügigem Maße wird das Vermögen vermindert. Die Botschaft lautet: DIE LINKE kämpft dafür das Geld wiederzuholen, das in den Tarifikämpfen und Sozialkürzungen der letzten 30 Jahre den Menschen vorenthalten wurde!

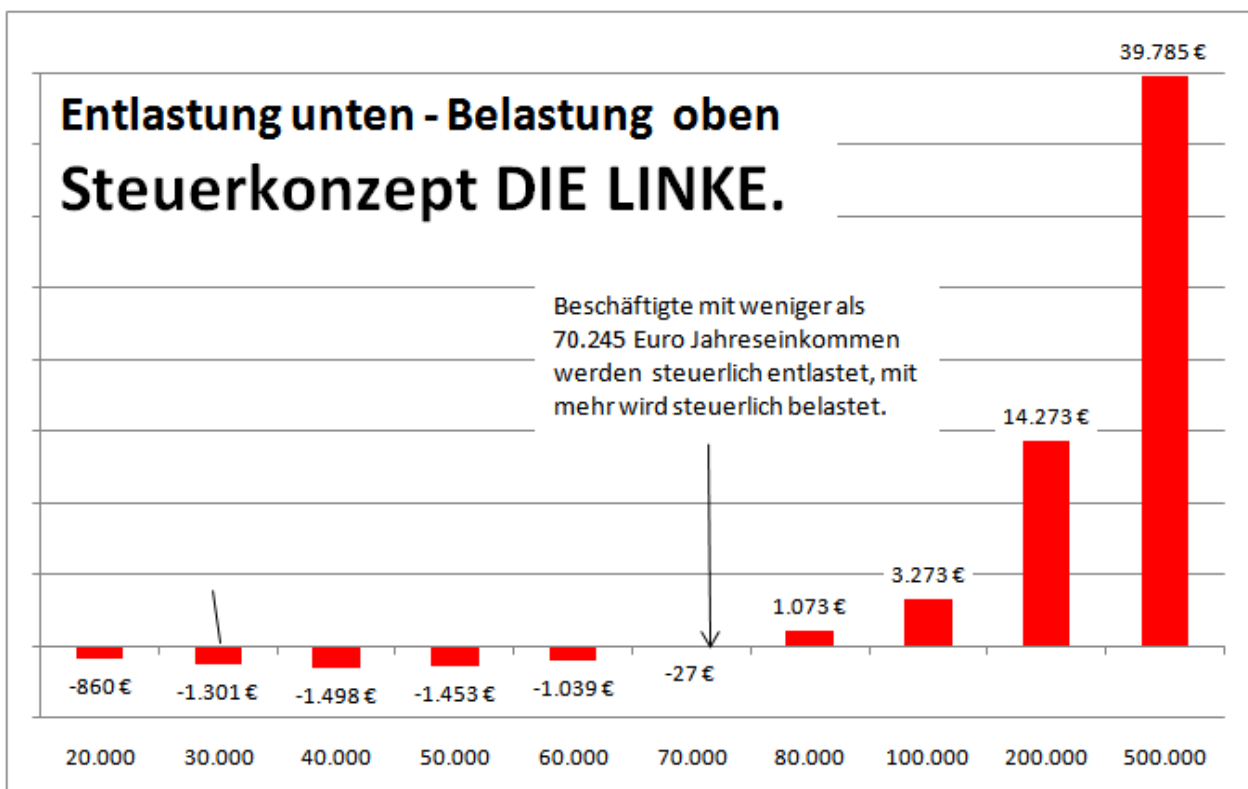
Außerdem fordert DIE LINKE eine erheblich höhere Besteuerung großer Unternehmen und eine deutliche Erhöhung der Erbschaftsteuern auf große Vermögen. Zudem müssen Kapitaleinkommen künftig wieder zum persönlichen Steuersatz versteuert werden statt mit einer pauschalen Abgeltungsteuer von nur 25 Pro-

zent. Überfällig ist die Besteuerung von Finanztransaktionen, die nicht nur zum Steueraufkommen beitragen, sondern zugleich den Finanzmarkt stabilisieren würde.

Bei der Einkommensteuer soll der Grundfreibetrag auf 9.300 Euro erhöht werden, sodass unter Berücksichtigung der üblichen Pauschalen Beschäftigte mit einem Jahreseinkommen von bis zu 12.000 Euro steuerfrei bleiben. Der Steuertarif soll linear verlaufen. Der Spitzensteuersatz wird auf 53 Prozent angehoben, so hoch wie unter Kanzler Kohl. Ab 65.000 Euro greift dann dieser Steuersatz. Bezogen auf die durchschnittliche Besteuerung führen diese veränderten Grenzsteuersätze dazu, dass bei einem Jahreseinkommen bis zu 70.000 Euro eine Entlastung eintritt, bei höheren Einkommen wird belastet.

DIE LINKE legt ein Steuerkonzept vor, das unter Einschluss der Millionärsteuer und den weiteren steuerlichen Veränderungen Mehreinnahmen pro Jahr von mindestens 150 Milliarden Euro sicherstellt.

In den 30er Jahren hat US-Präsident Roosevelt mit dem New Deal die Wirtschaft wieder auf Trab gebracht. Bezahlen mussten die Reichen: Großverdiener zahlten fast 80 Prozent Einkommensteuer. Für große Erbschaften wurde ebenso viel fällig. Obama ist in diesem



Punkt seinem Vorbild Roosevelt nicht gefolgt. Lediglich in Großbritannien soll der Spitzensteuersatz wieder auf 50 Prozent angehoben werden. In Deutschland ist die höhere steuerliche Belastung für Reiche und Vermögende ein absolutes Tabu-Thema. Nur DIE LINKE fordert die Profiteure zur Kasse zu bitten.

### **DIE LINKE fordert: Wirtschaftsdemokratie**

Die Forderungen nach einem Zukunftsfonds zur Stützung von einzelnen Betrieben, das Zukunftsprogramm der öffentlichen Hand von jährlich 100 Milliarden Euro und die Vergesellschaftung der Banken unterstellen alle veränderte Entscheidungsprozesse. Es geht darum heutige Markt- und Profitsteuerungen durch bewußte, politische Willensbildung zurückzudrängen bzw. teilweise zu ersetzen. Es geht um mehr Demokratie, mehr Wirtschaftsdemokratie. Sie bietet eine Perspektive jenseits der Anarchie von blindwütigen Marktprozessen und diesseits von verselbständigten staatlichen Entscheidungen.

Mehr Demokratie gemeinsam mit veränderten Eigentumsverhältnissen ist die Voraussetzung für die Neugestaltung unserer Gesellschaft.

Wenn Gelder aus dem Zukunftsfonds zur Stützung von privaten Unternehmen fließen, dann soll dies zu öffentlichen Eigentumsrechten oder kollektiven Belegschaftsbeteiligungen in gleicher Höhe führen. Wie die damit verbundenen Willensprozesse aussehen können ist noch offen. Zum Teil gibt es auch Vorstellungen, nach denen den Beschäftigten individuelle Eigentumsrechte übertragen werden sollen. Dies wäre jedoch verfehlt, da dann immer die Gefahr bestünde, dass Beschäftigte ihre Anteile so schnell wie möglich wieder versilbern. Es muss mit den Eigentumsrechten jedoch um eine daraus abgeleitete Verfügungsgewalt gehen. Nur kollektive Belegschaftsbeteiligungen bieten hier überhaupt die Chance dies umzusetzen.

„DIE LINKE will verstärkte Mitspracherechte der Belegschaften. In allen Betrieben ab 100 Beschäftigten ist die paritätische Mitbestimmung einzuführen. Es ist ein Aufsichtsrat zu bilden, der sich zu gleichen Teilen aus Vertreterinnen und Vertretern der Anteilseigner und der Beschäftigten zusammensetzt ohne ein Doppelstimmrecht. Wesentliche Entscheidun-

gen des Unternehmens bedürfen zwingend der Zustimmung dieses Aufsichtsrates. Bei Entscheidungen von erheblicher Bedeutung für die Belegschaft ist vor der Aufsichtsratsentscheidung eine Belegschaftsabstimmung durchzuführen.“

Aber auch derartige betriebliche Einflussnahmen der Beschäftigten – so notwendig und sinnvoll sie sind – stoßen an Grenzen. Gerade in Notzeiten besteht besonders die Gefahr, dass Belegschaften und ihre betrieblichen Interessenvertreter in betriebliche Korporatismen verfallen. Die Berücksichtigung von betriebsübergreifenden Gesichtspunkten, Interessen der Allgemeinheit ist kaum oder gar nicht möglich. Wir erleben es ja schon heute, dass in ihrer Orientierungslosigkeit und Existenzangst Belegschaften ihren Unternehmensleitungen Entgegenkommen anbieten, nur um vermeintlich den Betrieb und die Arbeitsplätze zu retten. Verbunden ist dies mit einer Verschärfung der Konkurrenzsituation, die sich zum Teil zu einem verschärften Gegeneinander von Belegschaften entwickelt. Schließlich: Wenn, wie in der Gegenwart, der Umbau einer überzogenen Exportökonomie mit einer Umsteuerung zu stärkerer binnenwirtschaftlicher Orientierung ansteht, sind rein betrieblich verbesserte Einfluss- und Mitbestimmungsrechte überfordert. Deshalb sind darüber hinaus Willensbildungsstrukturen auf Branchen- und auch auf regionaler Ebene notwendig. Und es ist eine gesamtgesellschaftliche Abstimmung erforderlich.

Nehmen wir das Beispiel der deutschen Automobilindustrie. Teile sind auch bei einer hochinnovativen Umstellung auf ökologische Fahrzeuge auf Dauer gesellschaftlich nicht notwendig. Gerade hier geht es um die Zurückführung einer extremen Exportorientierung. Hinzu kommt, dass bei elektrischen Antriebstechniken vermutlich deutlich weniger Arbeitskräfte benötigt werden.

Was können die Alternativen sein? Zum Beispiel ein gegenüber dem heutigen Stand ganz anderes Konzept des öffentlichen Personennahverkehrs. Mit ganz anderen, innovativen Technologien und Verkehrskonzepten. Umsetzbar ist dies aber nur durch öffentliche Investitionen, zum Beispiel im Rahmen des von der Linken geforderten Zukunftsprogramms.

Es geht um eine Verknüpfung von Industrie- und Dienstleistungsstrukturen mit einer gesellschaftlichen Programmierung. Der Weg in diese Richtung unterstellt aber nicht nur, dass man dies durchsetzt, sondern dass man auch die demokratischen Willensbildungsstrukturen schafft, bzw. sich diese entwickeln.

Hinzu kommen muss bei all dieser gesellschaftlichen Umsteuerung die Finanzierung. Zum Teil wird es sich um Kreditfinanzierung handeln. Ein vergesellschafteter Bankensektor ist dabei ein wichtiger Fortschritt. Wer entscheidet dann wie nach welchen Kriterien über die Kreditvergabe? Auch hier geht es darum demokratische Willensbildungsstrukturen zu schaffen, die eine gesellschaftlich sinnvolle Kontrolle und Ausrichtung der Geschäftspolitik der Banken sicherstellt. Vergesellschaftung der Banken erfordert mehr Demokratie. Gerade in Anbetracht viele kleiner und mittlerer Betriebe kommt der kommunalen Selbstverwaltung, die Einfluss auf Sparkassen und andere öffentliche Institute ausüben muss, eine besondere Bedeutung zu.

Dies kann nur eine kleine Skizze vieler ungeklärter Fragen für die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie sein. Die Schwierigkeit entspringt vor allem daraus, dass bislang in der Realität sich nur in Ansätzen „wirtschaftsdemokratische Strukturen“ abzeichnen. Hervorstechend ist die betriebliche Mitbestimmung. Aber betriebsübergreifende, branchenorientierte Strukturen sind nicht vorgesehen. Das findet zum Beispiel seinen Niederschlag darin, dass Betriebsratsseminare, die auf betriebsübergreifendes politisches Handeln abzielen, vom Unternehmer nicht bezahlt werden müssen. Die Unternehmensmitbestimmung seit 1976 ist vor allem beschränkt, weil die immer geforderte Parität nicht verwirklicht ist. Dies will DIE LINKE ändern.

Darüber hinaus haben die Gewerkschaften in der Regel die Unternehmensmitbestimmung nicht zu einem strategischen Instrument der Einflussnahme auf Branchen gemacht. So ist zum Beispiel geregelt, dass Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten nicht gleichzeitig in weiteren Gremien dergleichen Branche vertreten sein sollen.

Wirtschaftsdemokratie ist nicht nur ein Regelwerk, ein gesetzlicher Rahmen, den man konzipieren kann, sondern es ist ein komplexer gesellschaftlicher Prozess. Er funktioniert nur in dem Maße, wie große Teile der Beschäftigten, der Belegschaftsvertreter die Einsicht sich zu Eigen gemacht haben, dass nur ein aktives Mitmachen bei der Ausgestaltung der gesellschaftlichen Strukturen die Zurückdrängung der invisible hand möglich macht. Der Tatbestand, dass diese Mentalität, ja gesellschaftliche Kultur noch so unentwickelt ist, macht es im Übrigen unmöglich an einen direkten Übergang in eine sozialistische Gesellschaft zu denken. So sehr dieser Weg historische Notwendigkeit bleibt.

### **Massenproteste und Demonstrationen**

Das zentrale Markenzeichen der Partei DIE LINKE ist das Eintreten für soziale Gerechtigkeit. Das ist gut so, muss erhalten und weiter ausgebaut werden. Aber in Anbetracht der wirtschaftlichen Rezession und dem Crash der Finanzmärkte muss die wirtschaftspolitische Kompetenz ausgebaut und breit gestärkt werden. Hierzu reicht es nicht, dass die Parteispitze sich um orientierende Positionierungen bemüht. Wir brauchen die breite Rückkoppelung und Debatte sowie die Befähigung großer Teile der Partei unsere wirtschaftspolitischen Alternativen vor Ort zu vertreten.

Kluge Programme und schlüssige Forderungen allein richten wenig aus. Aufmerksamkeit und Einfluss gewinnt DIE LINKE nicht nur mit ihrer Repräsentanz in den Parlamenten, sondern auch mit Massenprotesten und Demonstrationen. Dies ist genauso wichtig wie ein gutes Abschneiden bei Wahlen.

Der weitere Verlauf der Krise entscheidet sich auf der Straße. „Widerstand und Protest“, das war in der ehemaligen PDS neben parlamentarischer Vertretung und Festhalten am Ziel der Überwindung des Kapitalismus ein wichtiger Bestandteil des sogenannten strategischen Dreiecks.

Die LINKE versteht sich heute auch als aktiver Teil der sozialen Bewegung. Sie wird daher in Bündnissen mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften alle Proteste und Widerstandsaktionen vorantreiben sowie begleiten.